

## 517 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP

---

# Bericht des Rechnungshofausschusses

### betreffend den Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2014/9 (III-81 der Beilagen)

Der gegenständliche Bericht erfolgte gemäß Art. 126d Abs. 1 zweiter Satz B-VG über Wahrnehmungen, die der Rechnungshof bei mehreren Gebarungsüberprüfungen getroffen hat.

#### Der Bericht erstreckt sich auf folgende Verwaltungsbereiche:

##### Wirkungsbereich der Bundesministerien für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Gesundheit

- Bedarfsorientierte Mindestsicherung

##### Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes sowie der Bundesministerien für Verkehr, Innovation und Technologie, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

- Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte; Follow-up-Überprüfung

##### Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

- Universitätslehrgänge; Follow-up-Überprüfung

##### Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- Tagesklinische Leistungserbringung am Beispiel des Landes Steiermark; Follow-up-Überprüfung

Der Rechnungshofausschuss hat den gegenständlichen Bericht in seiner **9. Sitzung am 2. Juli 2014** zur Fristwahrung in Verhandlung genommen und nach der Berichterstattung durch den Abgeordneten Mag. Andreas **Hanger** die Beratungen vertagt.

Der Bericht wurde in einer weiteren Sitzung am 18. März 2015 unter Beiziehung einer Auskunftsperson im Sinne des § 40 Abs. 1 GOG behandelt.

#### 15. Sitzung am 18. März 2015

##### Bedarfsorientierte Mindestsicherung:

An der Debatte zum Kapitel „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ am 18. März 2015 beteiligten sich die Abgeordneten Ing. Heinz-Peter **Hackl**, Mag. Gerald **Hauser**, Johann **Hell**, Mag. Judith **Schwentner**, Hermann **Gahr**, Martina **Schenk**, Mag. Gerald **Loacker**, Mag. Karin **Greiner** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf **Hundstorfer**, der Rechnungshofpräsident Dr. Josef **Moser** und die Ausschussobfrau Abgeordnete Dr. Gabriela **Moser**.

Als Auskunftsperson war anwesend: Gerald **Greifeneder** (AMS)

Ein von dem Abgeordneten Mag. Gerald **Loacker** im Zuge der Debatte gem. § 27 Abs. 3 GOG-NR eingebrachter selbständiger Antrag auf Beschlussfassung einer EntschlieÙung betreffend

Erwerbstätigkeitsanreize in der bedarfsorientierten Mindestsicherung fand nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (für den Antrag: F, G, T, N, dagegen: S, V).

Bei der Abstimmung am 18. März 2015 wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Rechnungshofausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2014/9 (III-81 der Beilagen) wird zur Kenntnis genommen.

Wien, 2015 03 18

**Mag. Andreas Hanger**

Berichterstatter

**Dr. Gabriela Moser**

Obfrau